

Fragebogen (II) zur Prüfung der Verpflichteten

nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 Geldwäschegesetz (GwG) **1***

Prüfungszeitraum 2023

Bitte beachten Sie die im Anschreiben
angegebene Frist, binnen derer der
Fragebogen übermittelt werden muss.

Rechtsanwaltskammer Berlin
Littenstraße 9
10179 Berlin

per beA (besonderes elektronisches Anwaltspostfach)

Ort, Datum

Bitte machen Sie die entsprechenden Angaben und beantworten Sie die Fragen.

Erhebungsjahr ist das **Kalenderjahr 2023**; alle Fragen beziehen sich auf den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023 („Erhebungszeitraum“).

Verpflichtetenprüfung

Angaben zur Person

	Name, Vorname, ggf. akad. Grad	
--	-----------------------------------	--

► Die Fragen 1-5 waren Bestandteil der bereits erfolgten Verpflichtetenfeststellung.

6) Berufsumfeld

6.1	Kanzleiname oder -firma				
6.2	Wie viele Berufsträger 14 sind in der Kanzlei tätig, der Sie angehören?	1 bis 2	3 bis 10	11 bis 30	mehr als 30
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7) Mandate

7.1	Wies im Prüfungszeitraum der bereits im Rahmen der in der Verpflichtetenfeststellung angegebenen Fälle (Kataloggeschäfte) ein/e Beteiligte/r (Mandant, Gegnerin bzw. Vertragspartner des Mandanten, für den Mandanten auftretende Person (z.B. Geschäftsführer), wirtschaftlich Berechtigter etc.), ein Gegenstand des Mandats oder ein Konto, das im Rahmen des Mandats eingesetzt wurde, unmittelbar oder mittelbar (z.B. über Gesellschaftskonstruktionen) einen Bezug zu einem der folgenden Länder auf? 15	Ja	Nein
7.1.1	Afghanistan, Barbados, Burkina Faso, Cayman Islands, Demokratische Republik Kongo (Zaire), Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Gibraltar, Haiti, Iran, Jamaika, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Mali, Marokko (einschließlich Westsahara), Mosambik, Myanmar (Birma), Nigeria, Panama, Philippinen, Senegal, Südafrika, Südsudan, Syrien, Tansania, Trinidad und Tobago, Uganda, Vanuatu, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.1.2	Albanien, Bulgarien, Kroatien, Türkei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.1.3	Bermuda, British Virgin Islands, China, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Malta, Russland, Zypern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7.2	In wie vielen der bereits im Rahmen der in der Verpflichtetenfeststellung angegebenen Fälle (Kataloggeschäfte) 16 ... (erfüllt ein Fall mehrere Kriterien, ist er mehrfach anzugeben. 17	keine	1 bis 10	mehr als 10
7.2.1	... haben Sie an Treuhandverhältnissen oder -geschäften mitgewirkt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.2	... haben Sie an der Übertragung von Gesellschaftsanteilen („Share Deals“) an einer Objektgesellschaft mitgewirkt, die unmittelbar oder mittelbar (z.B. über Gesellschaftskonstruktionen) Eigentum an Immobilien hält?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.3	... war der Mandant oder der wirtschaftlich Berechtigte eine politisch exponierte Person, ein Familienmitglied oder eine bekanntermaßen nahestehende Person (§ 1 Abs. 12, 13, 14 GwG) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.4	... haben Sie unmittelbar oder mittelbar (z.B. über Gesellschaftskonstruktionen) juristische Personen oder Rechtsvereinbarungen beraten oder vertreten, die als Instrumente für die private Vermögensverwaltung dienen (z.B. Publikumsfonds)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.5	... haben Sie unmittelbar oder mittelbar Unternehmen mit nominellen Anteilseignern (z.B. Treuhand-Gesellschafter, vorgeschobene Gesellschafter, Strohmänn-Gesellschafter) oder als Inhaberpapiere emittierten Aktien beraten bzw. vertreten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.6	... bestand hinsichtlich des Mandatsinhalts oder des Leistungsaustauschs Bezug zu Öl, Waffen, Tabakerzeugnissen, Kulturgütern oder anderen Artikeln von archäologischer, historischer, kultureller oder religiöser Bedeutung oder von außergewöhnlichem wissenschaftlichem Wert sowie Elfenbein und geschützte Arten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.7	... haben Sie Zahlungen (z.B. auf Kanzlei-, Ander-, Treuhandkonten) von Dritten erhalten, die weder Mandant, noch Gegner und auch nicht mit diesen verbundene Unternehmen oder Angehörige waren?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.8	... Bargeld zur Einzahlung auf Ander- oder Treuhandkonten bzw. -depots erlangt, das, auch in mehreren Tranchen, den Betrag bzw. Gegenwert von EUR 10.000 übersteigt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.2.9	... Wertpapiere oder andere Wertgegenstände, insbesondere Edelmetalle, Edelsteine, Schmuck und Uhren, Kunstgegenstände und Antiquitäten zur Weitergabe an Dritte oder zur Verwahrung erlangt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8) Identifizierung **18**

Vorfrage: Soweit an Kataloggeschäften mitgewirkt wurde, bestand die Mandantschaft aus

natürlichen und juristischen Personen nur natürlichen Personen nur juristischen Personen

8.1	Soweit Kataloggeschäfte (siehe Frage 5 Verpflichtetenfeststellung) für natürliche Personen durchgeführt wurden, erfolgte die Identifikation anhand eines gültigen Ausweises im Original (durch Vorlage vor Ort oder durch ein sonstiges Verfahren i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 2 GwG) oder anhand eines elektronische Identitätsnachweises oder – bei geringem Risiko – anhand von Dokumenten i.S.v. § 14 Abs. 2 Nr. 2 GwG.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> kein Mandat bearbeitet	falls „kein Mandat bearbeitet“ → weiter mit 8.2
8.1.1	Es wurden Vor- und Nachname, Geburtsort und -datum, Staatsangehörigkeit und Wohnanschrift erhoben.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
8.2	Soweit Kataloggeschäfte (siehe Frage 5 Verpflichtetenfeststellung) für juristische Personen oder Personengesellschaften durchgeführt wurden, erfolgte die Identifikation anhand eines amtlichen Registers oder anhand von Gründungsdokumenten.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> kein Mandat bearbeitet	falls „kein Mandat bearbeitet“ → weiter mit 8.3
8.2.1	Es wurden Name, Rechtsform, Registernummer (falls vorhanden), Anschrift, Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder die Namen der gesetzlichen Vertreter und , sofern ein Mitglied des Vertretungsorgans/der gesetzliche Vertreter eine juristische Person ist, von dieser juristischen Person die zuvor genannten Daten erhoben.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

8.3	Soweit in Kataloggeschäften (oben Ziff. 8.1 und 8.2) in einem oder mehreren Mandaten eine andere, natürliche Person für den Mandanten aufgetreten ist (z.B. bei juristischen Personen Geschäftsführer, Gesellschafterinnen etc.) , erfolgte eine Identifikation der natürlichen Person anhand eines gültigen Ausweises im Original (durch Vorlage vor Ort oder durch ein sonstiges Verfahren i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 2 GwG) oder anhand eines elektronische Identitätsnachweises oder – bei geringem Risiko – anhand von Dokumenten i.S.v. § 14 Abs. 2 Nr. 2 GwG. 19	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> kein Mandat bearbeitet	falls „kein Mandat bearbeitet“ → weiter mit 8.4
8.3.1	Es wurden Vor- und Nachname, Geburtsort und -datum, Staatsangehörigkeit und Wohnanschrift erhoben.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
8.4	Soweit in Kataloggeschäften (oben Ziff. 8.1 und 8.2) in einem oder mehreren Mandaten der Mandant für einen wirtschaftlich Berechtigten aufgetreten ist, erfolgte eine Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten. 20	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> kein Mandat bearbeitet	falls „Ja“ → weiter mit 8.4.1 falls „Nein“ → weiter mit 8.4.3 falls „kein Mandat bearbeitet“ → weiter mit 8.5
8.4.1	Es wurden zumindest Vor- und Nachname des wirtschaftlich Berechtigten erhoben.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
8.4.2	Die bei der Identifizierung erhobenen Daten wurden durch Einsicht in das Transparenzregister (oder sonstige öffentliche Register) oder durch Auskünfte und Daten Dritter (z.B. Befragung des Mandanten) verifiziert.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	falls Mandat natürliche Person → weiter mit 8.5
8.4.3	Die Eigentums- und Kontrollstruktur des Mandanten wurden in Erfahrung gebracht.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
8.5	Bei der Begründung einer neuen Geschäftsbeziehung mit einer Vereinigung nach § 20 GwG oder einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG wurde ein Nachweis der Registrierung nach § 20 Absatz 1 GwG oder § 21 GwG oder ein Auszug der über das Transparenzregister zugänglichen Daten eingeholt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> kein Mandat bearbeitet	
8.6	Ich habe in einem oder mehreren Fällen der unter Ziff. 8.1 bis 8.4 genannten Geschäfte auf eine Identitätsfeststellung verzichtet. 21	<input type="checkbox"/> Ja, Anzahl: _____ <input type="checkbox"/> Nein	falls „Nein“ → weiter mit 9
8.6.1	Auf die Identifizierung wurde verzichtet, weil die zu identifizierende Person bereits bei früherer Gelegenheit identifiziert wurde.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
8.7	Ich habe festgestellt, ob es sich bei dem Mandanten und einem etwaig vorhandenen wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person (PEP), ein Familienmitglied einer PEP oder eine einer PEP bekanntermaßen nahestehende Person i.S.d. § 1 Abs. 12-14 GwG handelt. 22	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

9) Mandatsbezogene Risikoeinschätzung (Hintergrund der Geschäftsbeziehung) **23**

9.1	Bei der Durchführung der in § 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG genannten Geschäfte habe ich Informationen über den Zweck und über die angestrebte Art der Geschäftsbeziehung eingeholt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	falls „Ja“ → weiter mit 10
9.2	Ich habe keine Informationen eingeholt, da sich Zweck und Art der Geschäftsbeziehung bereits aus dem Auftrag selbst ergeben haben.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
9.3	Ich habe geprüft, ob es sich bei dem Mandanten und einem etwaig vorhandenen wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person (PEP), ein Familienmitglied einer PEP oder eine einer PEP bekanntermaßen nahestehende Person i.S.d. § 1 Abs. 12-14 GwG handelt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
9.4	Ich habe zu einzelnen Mandaten nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG eine Risikobewertung nach nach §§ 8 Abs. 1 Nr. 2, 10 Abs. 2, 14 Abs. 1 und 15 Abs. 3 GwG vorgenommen.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

10) Verstärkte Sicherungsmaßnahmen 24

Besonderheiten bei der Mandatsbearbeitung			
10.1	Ein Mandant von mir oder der wirtschaftlich Berechtigte war eine politisch exponierte Personen (PEP), ein Familienmitglied einer PEP oder eine einer PEP bekanntermaßen nahestehende Person (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 GwG)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	falls "Ja" → weiter mit 10.1.1 falls "Nein" → weiter mit 10.2
10.1.1	In den Fällen nach 10.1. habe ich mindestens die verstärkten Sorgfaltspflichten nach § 15 Abs. 4 GwG erfüllt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
10.2	An einem von mir bearbeiteten Mandat war aufseiten meines Mandanten, auf der Gegenseite auf aufseiten sonstiger Beteiligter eine natürliche/juristische Person beteiligt, die in einem der folgenden Staaten bzw. Gebiete niedergelassen ist: Afghanistan, Barbados, Burkina Faso, Cayman Islands, Demokratische Republik Kongo (Zaire), Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Gibraltar, Haiti, Iran, Jamaika, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Mali, Marokko (einschließlich Westsahara), Mosambik, Myanmar (Birma), Nigeria, Panama, Philippinen, Senegal, Südafrika, Südsudan, Syrien, Tansania, Trinidad und Tobago, Uganda, Vanuatu, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Vietnam	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	falls "Ja" → weiter mit 10.2.1 falls "Nein" → weiter mit 10.3
10.2.1	In den Fällen nach 10.2 habe ich mindestens die verstärkten Sorgfaltspflichten nach § 15 Abs. 5 GwG erfüllt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
10.3.	Ich habe an einer Transaktion mitgewirkt, die besonders komplex/groß war, ungewöhnlich abgelaufen ist oder keinen offensichtlichen wirtschaftlichen/rechtmäßigen Zweck hatte (§ 15 Abs. 3 Nr. 3 GwG).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	→ weiter mit 10.3.1 falls "Nein" → weiter mit 10.4
10.3.1	In den Fällen nach 10.3 habe ich mindestens die verstärkten Sorgfaltspflichten nach § 15 Abs. 6 GwG erfüllt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
10.4	Bei einem von mir bearbeiteten Mandat gab es Faktoren für ein potentiell höheres Risiko bezüglich des Mandantenrisikos (§ 15 Abs. 2 GwG, Anlage 2 GwG Nr. 1)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
10.5	Bei einem von mir bearbeiteten Mandat gab es Faktoren für ein potentiell höheres Risiko bezüglich des Dienstleistungs-, Transaktions- oder Akquisekanalrisikos (§ 15 Abs. 2 GwG, Anlage 2 GwG Nr. 2)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
10.6.	Bei einem von mir bearbeiteten Mandat gab es Faktoren für ein potentiell höheres geografisches Risiko (§ 15 Abs. 2 GwG, Anlage 2 GwG Nr. 3). Zusätzlich zu den unter 10.2 genannten Staaten bzw. Gebieten handelt sich um: Albanien, Bermuda, British Virgin Islands (Britische Jungferinseln), Bulgarien, China, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Kroatien, Malta, Russland, Türkei, Zypern	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
10.7	In den Fällen des 10.4, 10.5 und 10.6 habe ich mindestens verstärkte Sorgfaltspflichten nach § 15 Abs. 4 GwG erfüllt. Ich habe in den zuvor genannten Fällen verstärkte Sorgfaltspflichten erfüllt.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> kein solches Mandat bearbeitet	falls "Ja" oder „kein solches Mandat bearbeitet“ → weiter mit 11 falls "Nein" → weiter mit 10.8
10.8	In den Fällen des 10.4, 10.5 und 10.6 habe keine verstärkten Sorgfaltspflichten nach § 15 Abs. 4 GwG erfüllt, da nach den konkreten Risikofaktoren kein höheres Risiko der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung vorlag.	<input type="checkbox"/> Ja, kein höheres Risiko <input type="checkbox"/> Nein, höheres Risiko lag vor	

11) Risikomanagement 25

11.1	Ich bin als angestellte/r Anwältin/Anwalt tätig.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (falls „Ja“ → weiter mit 11.4)
11.2	Sind in Ihrer Kanzlei anwaltliche Berufsträger/innen beschäftigt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
11.2.1	Sind in Ihrer Kanzlei nicht-anwaltliche Mitarbeiter/innen beschäftigt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
11.3	Ich habe interne Sicherungsmaßnahmen geschaffen. 26	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (falls „Nein“ → weiter mit 11.4)
11.3.1	Und zwar (zutreffendes bitte ankreuzen): <ul style="list-style-type: none"> - kanzleiinterne Richtlinien zur Umsetzung der Pflichten nach dem GwG - interne Kontrollen bzgl. der geldwäscherechtlichen Vorschriften - Überprüfung der Mitarbeiter/innen auf Ihre Zuverlässigkeit - Unterrichtung der Mitarbeiter/innen in Bezug auf aktuelle Methoden der Geldwäsche 	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
11.4	Ich habe ein internes Hinweisgebersystem eingerichtet, das die Vertraulichkeit des Hinweisgebers wahrt, bzw. mir ein solches in meiner Kanzlei vorhandenes System zu eigen gemacht. 27	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
11.5	Ich habe eine Risikoanalyse erstellt bzw. mir eine vorhandene und auf meinen Tätigkeitsbereich ausgerichtete Risikoanalyse meiner Kanzlei zu eigen gemacht. 28	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

12) Aufbewahrungspflichten 29

12.1	Dokumente im Zusammenhang mit den Identifikationspflichten, den internen Risikobewertungen und der Meldepflicht nach § 43 GwG bewahre ich mindestens sechs Jahre auf.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
12.2	Und zwar in (zutreffendes bitte ankreuzen): <ul style="list-style-type: none"> - der Handakte. - einem gesonderten Ordner bzw. elektronischen Verzeichnis. 	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

13) Meldepflichten 30

13.1	Ich bin bei der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) des Zolles elektronisch über das Portal „goAML“ registriert bzw. habe eine Registrierung beantragt (§ 45 Abs. 1 GwG).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
13.2	Bei Mandatsbearbeitungen lagen Tatsachen vor, die darauf hindeuteten, dass ein Vermögensgegenstand aus einer Vortat der Geldwäsche stammen könnte oder der Vertragspartner seine Pflicht, offenzulegen, ob er für einen wirtschaftlich Berechtigten tätig ist, nicht erfüllt hat.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
13.3	Bei einem von mir 2023 anwaltlich begleiteten Immobilien-Erwerbsvorgang 31 <ul style="list-style-type: none"> - bestand ein Bezug zu einem Risikostaat oder einer Sanktionsliste 32 - gab es Auffälligkeiten in Zusammenhang mit den beteiligten Personen oder dem wirtschaftlich Berechtigten 33 - gab es Auffälligkeiten in Zusammenhang mit einer Stellvertretung 34 - gab es Auffälligkeiten in Zusammenhang mit dem Preis oder einer Kauf- oder Zahlungsmodalität 35 	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (falls bei Ziff. 13.1 und 13.2 alle „Nein“ → weiter mit 14)

13.4	Der Sachverhalt (13.2 und/oder 13.3) wurde der FIU (zutreffendes bitte ankreuzen)	
	- gemeldet.	<input type="checkbox"/>
	- nicht gemeldet.	<input type="checkbox"/>
	- nicht gemeldet, weil der Sachverhalt der Verschwiegenheitspflicht unterlag. 36	<input type="checkbox"/>
	- nicht gemeldet, weil Tatsachen vorlagen, die die bei den in den §§ 3 bis 6 GwG-MeldV-Immobilien bestimmten Sachverhalten vorhandenen Anzeichen entkräften, dass ein Vermögensgegenstand aus einer strafbaren Handlung stammt, die eine Vor- tat der Geldwäsche darstellen könnte, oder dass der Erwerbsvorgang im Zusammen- hang mit Terrorismusfinanzierung steht.	<input type="checkbox"/>

14) Ausübung der Sorgfaltspflichten durch externe Dritte

14.1	Zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach dem GwG habe ich externe Dritte herangezogen.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
14.2	Falls ja, wen?	<input type="checkbox"/> andere inländische Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 GwG <input type="checkbox"/> Verpflichtete in anderen EU-Mitgliedsstaaten <input type="checkbox"/> Institute/Personen in einem Drittstaat mit entsprechenden Sorgfalts- und Aufsichtspflichten sowie gleichwertiger Aufsicht

III. Bestätigung der Richtigkeit der erteilten Auskünfte

Ich versichere, alle Auskünfte wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen erteilt zu haben.

Datum

Unterschrift
bei Rücksenden des Prüfbogens per beA bedarf es keiner Unterschrift

Erläuterungen

zum Fragebogen

Weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte den Auslegungs- und Anwendungshinweisen, die auf der Internetseite der Kammer (www.rak-berlin.de) veröffentlicht sind.

► **Die Erläuterungen (Fußnoten) 1-13 waren Bestandteil der bereits erfolgten Verpflichtetenfeststellung.**

- 14** Berufsträger in diesem Sinne sind Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände sowie Berufsträger sozietätsfähiger Berufe nach § 59a BRAO (Mitglieder der Patentanwaltskammern, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer sowie Angehörige vorgenannter Berufe anderer Staaten nach Maßgabe von § 59a Abs. 2 BRAO).

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 15** Es genügt jedweder Bezug zu einem der aufgeführten Länder, insbesondere:
- der Vertragspartner (Mandant) hat seinen Sitz oder eine Niederlassung, Wohnsitz oder regelmäßigen Aufenthaltsort in einem der aufgeführten Länder; beim Syndikusrechtsanwalt ist auf den Sitz des Arbeitgebers oder dessen Niederlassungen oder Büros abzustellen bzw. auf Dritte im Sinne von § 46 Abs. 5 Satz 2 BRAO.
 - die für den Mandanten auftretende natürliche Person (z.B. Geschäftsführer, Bevollmächtigter, Vertreter) hat ihren Wohnsitz oder regelmäßigen Aufenthaltsort in einem der aufgeführten Länder,
 - der wirtschaftlich Berechtigte (§ 3 GwG) hat seinen Wohnsitz oder regelmäßigen Aufenthaltsort in einem der aufgeführten Länder,
 - der Geschäftspartner bzw. Gegner des Mandanten hat seinen Sitz, Wohnsitz oder regelmäßigen Aufenthaltsort in einem der aufgeführten Länder,
 - der Mandatsgegenstand (z.B. Immobilie, Unternehmen) ist in einem der aufgeführten Länder belegen,
 - ein Konto, das im Rahmen des Mandats eingesetzt wird, befindet sich bei einem Kreditinstitut in einem der aufgeführten Länder.

Ein Bezug ist auch gegeben, wenn er lediglich mittelbar ist, insbesondere:

- der Vertragspartner hat seinen Sitz in keinem der aufgeführten Länder, aber dessen Muttergesellschaft hat ihren Sitz in einem der aufgeführten Länder,
- der wirtschaftlich Berechtigte hat seinen Wohnsitz und regelmäßigen Aufenthaltsort in keinem der aufgeführten Länder, ist aber – ggf. über weitere Gesellschaften oder Treuhandverhältnisse – an einer Gesellschaft beteiligt, die ihren Sitz in einem der aufgeführten Länder hat, die – ggf. über weitere Gesellschaften oder Treuhandverhältnisse – das Eigentum an dem Mandanten hält bzw. die Kontrolle über den Mandanten ausübt,
- der Mandatsgegenstand ist in keinem der aufgeführten Länder belegen, er ist aber in einem der aufgeführten Länder in öffentlichen Registern registriert oder der Eigentümer oder Besitzer des Mandatsgegenstands hat dort seinen Sitz, Wohnsitz oder regelmäßigen Aufenthaltsort.

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 16** Die Fragestellungen beziehen sich nur auf die Kataloggeschäfte i.S.v. **§ 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG** im Erhebungszeitraum, die Sie im **ersten Fragebogen** anzugeben und bejaht haben.

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 17** Bestand beispielsweise im Rahmen eines Treuhandmandats beim Mandatsinhalt Bezug zu Kulturgütern, so ist der Fall sowohl bei der Frage nach der Mitwirkung an „Treuhandverhältnissen oder -geschäften“ anzugeben, als auch bei der Frage nach einem ‚Bezug zu Kulturgütern‘.

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 18** Liegen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 Satz 1 GwG vor, trifft den Rechtsanwalt die Pflicht, seinen Mandanten nach Maßgabe des § 11 Abs. 4 GwG und § 12 Abs. 1 und 2 GwG zu identifizieren. Die Identifizierung ist grundsätzlich bereits vor Begründung der Geschäftsbeziehung, d. h. vor Abschluss der Mandatsvereinbarung, vorzunehmen. Sie kann jedoch im Einzelfall noch während der Mandatsbearbeitung unverzüglich abgeschlossen werden, wenn dies zur Vermeidung der Unterbrechung des normalen Geschäftsbetriebs erforderlich ist und nur ein geringes Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung besteht (§ 11 Abs. 1 Satz 2 GwG).

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 19** Soweit der Mandant bei Mandatsbegründung nicht selbst erscheint, sondern für diesen eine andere Person auftritt, muss auch die für den Mandanten auftretende Person identifiziert werden und die zur Identitätsfeststellung erhobenen Angaben verifiziert werden. Das ist stets der Fall, wenn der Mandant nicht eine natürliche Person ist. Zudem ist zu prüfen, ob die Person tatsächlich dazu berechtigt ist, für den Mandanten aufzutreten; beim gesetzlichen Vertreter oder Verfügungsberechtigten einer juristischen Person oder Personenhandelsgesellschaft bedarf es dieser gesonderten Prüfung nicht, da sich deren Berechtigung zum Auftreten aus ihrer gesellschaftsrechtlichen Stellung ergibt.

Zurück zum Formular ▲

- 20** Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 GwG ist wirtschaftlich Berechtigter die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Vertragspartner letztlich steht, oder die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird. Da die Ratio der Geldwäscheprevention u.a. darin liegt, herauszufinden, welche wirtschaftlichen Interessen hinter einem Geschäftsvorgang stehen, und Strohmanngeschäften entgegenzuwirken, ist der Rechtsanwalt neben der Identifizierung des Mandanten auch verpflichtet, abzuklären, ob der Mandant für einen wirtschaftlich Berechtigten handelt und, soweit dies der Fall ist, den wirtschaftlich Berechtigten nach Maßgabe des § 11 Abs. 5 GwG zu identifizieren. Soweit der Mandant keine natürliche Person ist, schließt die Abklärung des wirtschaftlich Berechtigten die Pflicht mit ein, die Eigentums- und Kontrollstruktur des Mandanten mit angemessenen Mitteln in Erfahrung zu bringen. Dies kann durch schriftliche Aufzeichnungen oder auch schematisch in Form eines Konzerndiagramms erfolgen, falls dieses die Eigentums- und Kontrollstruktur vollständig abbildet. Gemäß § 11 Abs. 5 Satz 2 GwG hat sich der Rechtsanwalt durch risikoangemessene Maßnahmen zu vergewissern, dass die zur Feststellung der Identität erhobenen Angaben zutreffend sind. Art und Umfang der Maßnahmen zur Überprüfung der Identität des wirtschaftlich Berechtigten können risikoangemessen ausgestaltet werden. In Betracht kommt etwa die Einsichtnahme in das Transparenzregister und andere öffentliche Register, die Befragung des Mandanten bzw. die Bitte um Vorlage zweckdienlicher Dokumente oder Daten, Internetrecherchen in verlässlichen Quellen, Zugriff auf einschlägige Datenbanken, etc.

Zurück zum Formular ▲

- 21** Von einer Identifizierung kann nach § 11 Abs. 3 GwG abgesehen werden, wenn der Rechtsanwalt die zu identifizierende Person bereits bei früherer Gelegenheit im Rahmen der Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten identifiziert und die dabei erhobenen Angaben aufgezeichnet hat, es sei denn, aufgrund der äußeren Umstände bestehen Zweifel, dass die bei der früheren Identifizierung erhobenen Angaben weiterhin zutreffend sind. Die Pflicht zur Identifizierung entfällt hingegen nicht schon dann, wenn dem Rechtsanwalt der zu Identifizierende persönlich bekannt ist.

Zurück zum Formular ▲

- 22** Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, durch angemessene risikoorientierte Verfahren festzustellen, ob es sich bei dem Mandanten oder – soweit vorhanden – dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person („PEP“), ein Familienmitglied dieser Person oder eine ihr bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne des § 1 Abs. 12 bis 14 GwG handelt (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 GwG). Im Regelfall ist es ausreichend, wenn der Mandant bezüglich seiner PEP-Eigenschaft befragt wird (Selbstauskunft) und der Rechtsanwalt die Auskunft des Mandanten anhand öffentlicher Informationen (z. B. Internetrecherche) auf Richtigkeit oder zumindest Plausibilität überprüft. Nur bei Zweifeln sollte dies aber z.B. durch Abfrage einer der im Markt bestehenden kommerziellen Datenbanken verifiziert werden.

Zurück zum Formular ▲

- 23** Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, Informationen über den Zweck und die angestrebte Art der Geschäftsbeziehung einzuholen und zu bewerten, damit er eventuelle Risiken des Geschäfts in Bezug auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung besser einschätzen kann. Die Pflicht soll die geldwäscherechtlich Verpflichteten besser in die Lage versetzen, ein Risikoprofil über ihre jeweiligen Vertragspartner zu entwickeln. In der anwaltlichen Praxis wird sich Zweck und Art der Geschäftsbeziehung regelmäßig aus dem Auftrag selbst ergeben. Bei einem „blinden Mandat“ hat die Informationspflicht dagegen praktische Relevanz, etwa wenn der Rechtsanwalt einzelne Beratungsaufträge bekommt, aber nicht erkennen kann, wofür der Mandant die einzelnen Beratungsergebnisse nutzen möchte.

Zurück zum Formular ▲

- 24** Entsprechend dem risikobasierten Ansatz haben Rechtsanwälte – zusätzlich zu den allgemeinen Sorgfaltspflichten – verstärkte risikoangemessene Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie im Rahmen der Risikoanalyse oder im Einzelfall unter Berücksichtigung der in den Anlagen 1 und 2 zum GwG genannten Risikofaktoren feststellen, dass ein höheres Risiko der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehen kann (§ 15 Abs. 1 und 2 GwG). Auch hier muss der Rechtsanwalt auf Verlangen der Aufsicht darlegen können, dass der Umfang der getroffenen Maßnahmen risikoangemessen ist. § 15 Abs. 4 GwG zählt hier jedenfalls für die Hochrisikofälle des § 15 Abs. 2 und 3 Nr. 1 GwG pflichtweise zu ergreifende Sicherungsmaßnahmen auf.

Zurück zum Formular ▲

- 25** Entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit kann das Risikomanagementsystem unter Berücksichtigung von Art und Umfang der Geschäftstätigkeit angemessen ausgestaltet werden (§ 4 Abs. 1 GwG). Das Risikomanagement muss nach § 4 Abs. 2 GwG eine Risikoanalyse und interne Sicherungsmaßnahmen umfassen.

Zurück zum Formular ▲

- 26** Sofern Angestellte in der Kanzlei arbeiten, müssen Rechtsanwälte angemessene geschäfts- und kundenbezogene interne Sicherungsmaßnahmen zur Steuerung und Minderung der Risiken von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Form von Grundsätzen, Verfahren und Kontrollen zu schaffen, ihre Funktionsfähigkeit zu überwachen und bei Bedarf – insbesondere wenn die Risikoanalyse dies erfordert – zu aktualisieren (§ 6 Abs. 1 GwG). In § 6 Abs. 2 sind Fallgruppen interner Sicherungsmaßnahmen benannt.

Zurück zum Formular ▲

- 27** Nach § 6 Abs. 5 GwG müssen Mitarbeiter/innen die Möglichkeit haben, unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität, tatsächliche oder mögliche Verstöße gegen geldwäscherechtliche Vorschriften an eine kanzleiinterne Person zu melden. „Wahrung der Vertraulichkeit“ bedeutet nicht Anonymität. Die empfangende Person kann auch der Geldwäschebeauftragte oder sein Stellvertreter sein, aber beispielsweise auch das für die Risikoanalyse verantwortliche „Mitglied der Führungsebene“, etwa Gesellschafter, die Büroleitung (Office Management) oder Controlling. Es bleibt den Verpflichteten selbst überlassen, wie die Vertraulichkeit der betroffenen Mitarbeiter sichergestellt wird.

Zurück zum Formular ▲

- 28** Alle Verpflichteten haben selbst eine Risikoanalyse zu erstellen. Sie können sich hierzu die Kanzlei-/Unternehmensrisikoanalyse zu eigen machen. Machen sie hiervon Gebrauch müssen sie aber die Risiken der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ermitteln und bewerten, die für die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten bestehen (§5 Abs.1 GwG). Ziel der Risikoanalyse ist es, die kanzleispezifischen Risiken in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umfassend und vollständig zu erfassen, zu identifizieren, zu kategorisieren und zu gewichten sowie darauf aufbauend geeignete Geldwäsche-Präventionsmaßnahmen, insbesondere interne Sicherungsmaßnahmen zu treffen. Diese müssen sich aus der Risikoanalyse ableiten lassen und dieser entsprechen. Die Anlagen 1 und 2 zum GwG enthalten dabei eine nicht abschließende Aufzählung von Faktoren und möglichen Anzeichen für ein potenziell geringeres oder höheres Risiko. Bei der Erstellung der Risikoanalyse sind insbesondere diese Risikofaktoren sowie die Informationen zu berücksichtigen, die auf Grundlage der nationalen Risikoanalyse den Verpflichteten von der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) zur Verfügung gestellt werden. Die Risikoanalyse ist in angemessenem Umfang zu erstellen, der sich insbesondere nach Art und Umfang der Geschäftstätigkeit der Kanzlei richtet. Sie muss grundsätzlich dokumentiert, d. h. schriftlich oder elektronisch aufgezeichnet, regelmäßig, zumindest einmal im Jahr, überprüft und – soweit erforderlich – aktualisiert werden und ist der Rechtsanwaltskammer auf Verlangen in der jeweils aktuellen Fassung zur Verfügung zu stellen (§5 Abs.2 Nr.1 und 3 GwG).

Zurück zum Formular ▲

- 29** § 8 GwG enthält Regelungen zur Aufzeichnung und Aufbewahrung von Angaben und Informationen, die im Rahmen der bestehenden Pflichten vom Rechtsanwalt erhoben und eingeholt wurden. Diese Pflichten gelten nicht nur für Dokumente, die im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Sorgfaltspflichten eingeholt wurden (zum Beispiel Ausweispapiere und Registerauszüge), sondern auch für die Dokumentation der Durchführung und der Ergebnisse der internen Risikobewertungen und die Bewertung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Meldepflicht nach § 43 GwG. Die Aufzeichnungen sind sechs Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem das Mandat endet (§§ 50 Abs. 1 S. 3 BRAO, 8 Abs. 4 S. 3 GwG). Da sämtliche Daten im öffentlichen Geldwäscherpräventionsinteresse erhoben werden, unterliegen sie nicht der Verschwiegenheitspflicht und auch nicht dem Beschlagnahmenschutz nach § 97 StPO. Deshalb sollten die Aufzeichnungen keinesfalls in der Mandats- bzw. Handakte aufbewahrt werden, sondern getrennt von dieser in einem gesonderten Ordner bzw. elektronischen Verzeichnis.

Zurück zum Formular ▲

- 30** Rechtsanwälte sind grundsätzlich zur Erstattung einer Meldung verpflichtet, wenn Tatsachen vorliegen, die darauf hindeuten, dass ein Vermögensgegenstand, der mit einer Geschäftsbeziehung oder einer Transaktion im Zusammenhang steht, aus einer strafbaren Handlung stammt, die eine Vortat der Geldwäsche gemäß § 261 Abs. 1 Satz 2 StGB in der 2020 geltenden Fassung darstellen könnte (§ 43 Abs. 1 Nr. 1 GwG), oder ein Geschäftsvorfall, eine Transaktion oder ein Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung steht (§ 43 Abs. 1 Nr. 2 GwG) oder – wie bereits erwähnt – der Mandant seine Pflicht gegenüber dem Rechtsanwalt offenzulegen, ob er die Mandatsbeziehung oder die Transaktion für einen wirtschaftlich Berechtigten begründen, fortsetzen oder durchführen will, nicht erfüllt hat. Die Pflicht zur Meldung setzt nicht voraus, dass hinsichtlich des Vorliegens einer Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung ein strafrechtlicher Anfangsverdacht gegeben ist. Es muss auch keine Gewissheit über den Bezug einer Transaktion oder Geschäftsbeziehung zu einer Geldwäsche, einer entsprechenden konkreten Vortat der Geldwäsche oder zu einer Terrorismusfinanzierung bestehen.

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 31** Eine absolute Durchbrechung der Schweigepflicht im Sinne von § 2 Abs. 3 BORA sieht § 43 Abs. 6 GwG vor. Nach dieser Vorschrift kann das Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung Sachverhalte bei Erwerbsvorgängen nach § 1 des Grunderwerbsteuergesetzes bestimmen, die von verpflichteten Rechtsanwälten stets zu melden sind. Eine solche ist mit Wirkung zum 01.10.2020 in Gestalt der Verordnung zu den nach dem Geldwäschegesetz meldepflichtigen Sachverhalten im Immobilienbereich (GwGMeldV-Immobilien) in Kraft getreten. Die Pflicht zur Abgabe einer Verdachtsmeldung besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen nach den §§ 3 bis 6 während der Vorbereitung des Erwerbsvorgangs ungeachtet der Möglichkeit, dass die Voraussetzungen zum Zeitpunkt des späteren Vertragsabschlusses, der späteren Beurkundung oder Durchführung des Immobilienerwerbs nicht mehr vorliegen könnten. Eine Pflicht zur Meldung besteht bei einem Tätigwerden des Verpflichteten im Rahmen der Vorbereitung des Erwerbsvorgangs allerdings nicht, wenn meldepflichtige Gestaltungsvorschläge lediglich erwogen, aber letztlich bereits in diesem Stadium wieder verworfen werden.

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 32** Angehörige rechtsberatender Berufe haben zu melden, wenn ein an dem Erwerbsvorgang Beteiligter (der Vertragspartner des Verpflichteten, die Vertragsparteien des Erwerbsvorgangs, die für diese auftretenden Personen) oder ein wirtschaftlich Berechtigter in einem Risikostaat ansässig ist oder einen gleichermaßen engen Bezug zu einem Risikostaat aufweist. Die Meldepflicht ist ebenfalls einschlägig, wenn ein Geschäftsgegenstand oder ein Bankkonto, das im Rahmen des Rechtsgeschäfts eingesetzt werden soll, einen engen Bezug zu einem Risikostaat aufweist. Als Risikostaat definiert die Verordnung die von der Europäischen Kommission als Drittstaaten mit hohem Risiko ermittelten Staaten. Zudem umfasst sie sonstige Staaten, die in den jeweils aktuellen Informationsberichten der Financial Action Task Force (FATF) als „Staat mit strategischen Mängeln“ eingestuft werden. Auch meldepflichtig sind Erwerbsvorgänge mit Beteiligten oder wirtschaftlich Berechtigten, die nach EU-Recht sanktionsgelistet sind (§ 3 Abs. 3 Nr. 1 GwG-MeldV-Immobilien). Die Personen werden zusammengefasst in der „European Union Consolidated Financial Sanctions List“.

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 33** Meldepflichten bestehen nach § 4 Abs. 1 GwGMeldV-Immobilien auch, wenn an dem Erwerbsvorgang Beteiligte ihre geldwäscherechtlichen Auskunfts- und Nachweispflichten (§ 11 Abs. 6 Satz 3 und 4 GwG) verletzen. Dies liegt auch vor, wenn sie nicht offenlegen, ob sie für einen wirtschaftlich Berechtigten tätig werden bzw. dessen Identität nicht nachweisen oder wenn Hinweise auf unrichtige oder unvollständige Angaben zu den beteiligten Personen oder dem wirtschaftlich Berechtigten bestehen (§ 4 Abs. 2 GwGMeldV-Immobilien). Auch Anhaltspunkte für Treuhandverhältnisse ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder sonstigen rechtmäßigen Zweck sind meldepflichtig (§ 4 Abs. 3 GwGMeldV-Immobilien). Die Meldepflicht erfasse darüber hinaus Fallgestaltungen, in denen aufgrund des begrenzten persönlichen Anwendungsbereichs der Meldepflicht zum Transparenzregister keine Erkenntnisse zum wirtschaftlich Berechtigten vorliegen (Verordnungsbegründung zu § 4 Abs. 2 GwGMeldV-Immobilien).

[Zurück zum Formular ▲](#)

- 34** Sofern am Erwerbsvorgang Beteiligte mit formloser Vollmacht handeln und eine angekündigte schriftliche Vollmachtbestätigung nicht innerhalb von zwei Monaten vorlegen (§ 5 Nr. 1 GwGMeldV-Immobilien) oder lediglich eine unechte oder verfälschte Vollmachtsurkunde vorlegen (§ 5 Nr. 2 GwGMeldV-Immobilien), bestehen ebenfalls Meldepflichten. Gleiches gilt, wenn nicht erkennbar ist, auf welches Rechtsverhältnis eine Vollmacht zurückzuführen ist (§ 5 Nr. 3 GwGMeldV-Immobilien) oder die durch Mitarbeiter der konsularischen Vertretung der BRD in einem Drittstaat beglaubigt wurde (§ 5 Nr. 4 GwGMeldV-Immobilien). Mit Drittstaaten i.S.d. Nr. 4 sind dabei Risikostaat i.S.d. § 3 Abs. 1 der GwGMeldV-Immobilien gemeint.

[Zurück zum Formular ▲](#)

35 Meldepflichtig ist nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 GwGMeldV-Immobilien, wenn der Kaufpreis vollständig oder teilweise mit Barmitteln beglichen werden soll, sofern der Betrag EUR 10.000,00 übersteigt (lit. a), Kryptowerte (§ 1 Abs. 11 Satz 4, 5 KWG) zur Zahlung eingesetzt werden (lit. b) oder über ein Bankkonto in einem Drittstaat gezahlt werden soll (lit. c), es sei denn ein Sitz, ein Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt der Vertragsparteien, die das Bankkonto verwenden, befindet sich in diesem Drittstaat. Weicht die Gegenleistung erheblich von dem tatsächlichen Verkehrswert des Objekts ab, besteht ebenfalls eine Meldepflicht, soweit die Differenz nicht auf einer dem Verpflichteten offengelegten Zuwendung beruht, (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 GwGMeldV-Immobilien). Eine erhebliche Unter- oder Überbewertung soll regelmäßig bei einer Abweichung von mindestens 25 % angenommen werden. Zahlungen über € 10.000,-, die vollständig oder teilweise bereits vor Abschluss des Rechtsgeschäfts durch natürliche Personen oder juristische Personen des Privatrechts (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 GwGMeldV-Immobilien) gezahlt wurden oder werden sollen oder vollständig oder teilweise von oder an einen Dritten, der weder am Erwerbsvorgang Beteiligter noch wirtschaftlich Berechtigter ist (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 GwGMeldV-Immobilien), gezahlt werden oder werden sollen, unterliegen ebenfalls Meldepflichten. Meldepflichten bestehen ebenfalls, sofern ein Kaufgegenstand ohne nachvollziehbaren Grund innerhalb von drei Jahren nach Erwerb zu einem erheblich abweichenden Preis weiterveräußert (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 GwGMeldV-Immobilien) oder an den vorherigen Eigentümer bzw. Anteilsinhaber zurückveräußert wird (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 GwGMeldV-Immobilien). Weiter besteht eine Meldepflicht nach § 6 Abs. 3 GwGMeldV-Immobilien, wenn die Zahlung über ein Anderkonto erfolgen soll, ohne dass ein berechtigtes Sicherheitsinteresse besteht.

Zurück zum Formular ▲

36 Eine Pflicht zur Verdachtsmeldung besteht für Rechtsanwälte nicht, wenn sich der meldepflichtige Sachverhalt auf Informationen bezieht, die der Rechtsanwalt im Rahmen von Tätigkeiten der Rechtsberatung oder Prozessvertretung erhalten hat (§ 43 Abs. 2 Satz 1 GwG). Von dieser Ausnahme macht das Gesetz indes wiederum eine Ausnahme: Die Anzeigepflicht des Rechtsanwalts besteht, wenn er positiv weiß, dass der Mandant das Mandatsverhältnis für den Zweck der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung oder – an dieser Stelle sehr weitgehend – einer anderen Straftat nutzt oder genutzt hat.

Zurück zum Formular ▲

Pflichtinformationen

nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
zum Fragebogen zur Feststellung und Prüfung der Verpflichteten nach GwG

Name und Anschrift des Verantwortlichen im Sinne des Datenschutzrechts:

Rechtsanwaltskammer Berlin, Littenstraße 9, 10179 Berlin, Tel.: 030 / 306931-0, E-Mail: info @ rak-berlin.org

Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:

Tel.: 030 / 306931-0, E-Mail: datenschutz @ rak-berlin.org

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Daten werden verarbeitet, um im Rahmen der geldwäscherechtlichen Aufsicht festzustellen, welche Mitglieder „Verpflichtete“ nach dem Geldwäschegesetz sind und, falls zutreffend, in welchem Umfang und in welcher Ausgestaltung sie Kataloggeschäfte im Erhebungszeitraum getätigt haben. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO i.V.m. §§ 50 Nr. 3, 51, 51a GwG.

Empfänger personenbezogener Daten:

Für die Online-Erhebung werden die Dienste der Firma Lamano GmbH & Co. KG, Prenzlauer Allee 36G, 10405 Berlin genutzt. Die Lamano GmbH & Co. KG und die Rechtsanwaltskammer Berlin als Vertragspartner sind damit Empfänger der eingegebenen Daten. Diese Empfänger erhalten ausschließlich die von Ihnen in der Online-Erhebung eingegebenen Daten ohne jeden Personenbezug. Eine Zuordnung dieser Daten zu einer Person ist diesen Empfängern daher nicht möglich. Die Identifizierung kann nur die zuständige Rechtsanwaltskammer selbst vornehmen.

Speicherdauer:

Die eingegebenen Daten werden nach der Erhebung noch drei Jahre gespeichert und dann zum Ablauf des Kalenderjahres gelöscht.

Betroffenenrechte:

Nach Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht auf Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten. Art. 16 DSGVO gibt Ihnen das Recht, unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung unvollständiger bei uns gespeicherter personenbezogener Daten zu verlangen. Gemäß Art. 17 DSGVO kann die Löschung bei uns gespeicherter personenbezogener Daten verlangt werden, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Gemäß Art. 18 DSGVO kann die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangt werden, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben. Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.

Beschwerderecht und Aufsichtsbehörde:

Sie haben das Recht, sich an eine Aufsichtsbehörde insbesondere in dem Mitgliedsstaat Ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes, Ihres Arbeitsplatzes oder unseres Kammerbezirks zu wenden. Die in unserem Kammerbesitz gelegene Aufsichtsbehörde ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin.

Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten und mögliche Folgen der Nichtbereitstellung:

Rechtsgrundlage für das Auskunftersuchen ist § 52 Abs. 6 GwG. Demnach haben Personen, bei denen aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 GwG sind, der nach § 50 GwG zuständigen Aufsichtsbehörde auf Verlangen unentgeltlich Auskunft über alle Geschäftsangelegenheiten zu erteilen und Unterlagen vorzulegen, soweit dies für die Feststellung der Verpflichteteneigenschaft erforderlich ist. Gemäß § 52 Abs. 4 GwG kann der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete die Auskunft – nicht jedoch die Unterlagen vorlage – auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Sie sind nicht verpflichtet, an der angebotenen Online-Erhebung teilzunehmen; alternativ können Sie auf unserer Internetseite den entsprechenden Fragebogen herunterladen, ausdrucken, ausfüllen und uns übersenden oder wir senden Ihnen einen entsprechenden Fragebogen auf Anforderung zu. Wer entgegen § 52 Abs. 6 Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt, handelt ordnungswidrig (§ 56 Abs. 1 Nr. 73 GwG). Die Ordnungswidrigkeit kann bei vorsätzlicher Begehung mit einer Geldbuße bis zu einhundertfünfzigtausend Euro, bei leichtfertiger Begehung mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Daneben kann die Auskunftsverpflichtung mit Mitteln des Verwaltungszwangs durchgesetzt werden, insbesondere mittels Zwangsgeld.